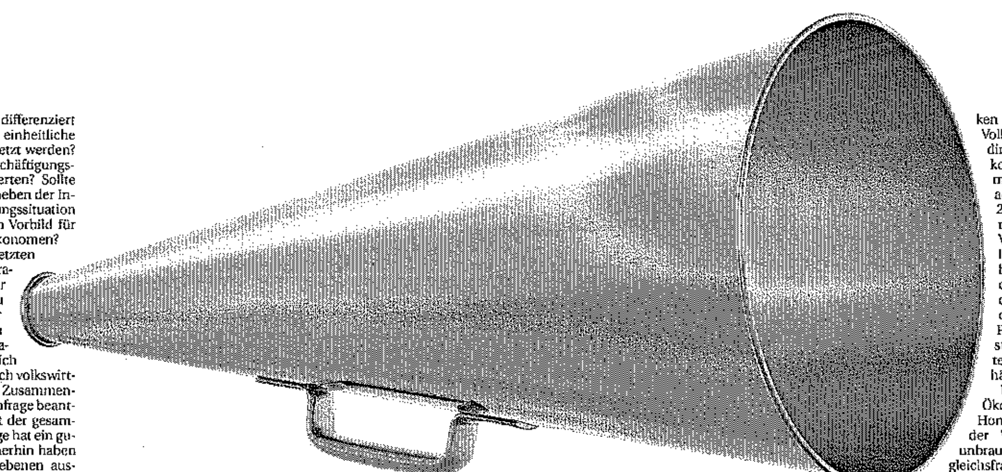


Jetzt reden wir

Ein Vierteljahrhundert nach der letzten großen Umfrage haben Deutschlands Ökonomen erneut über ihr Selbstverständnis Auskunft gegeben. Die Ergebnisse werfen so manches Klischee über den Haufen

VON FRIEDRICH SCHNEIDER, BRUNO S. FREY UND SILKE HUMBERT

Sollten die Löhne stärker differenziert werden, oder sollten einheitliche Flächentarife durchgesetzt werden? Lösen Minijobs das Beschäftigungsproblem der Niedrigqualifizierten? Sollte die Europäische Zentralbank neben der Inflation auch auf die Beschäftigungssituation achten? Ist Ludwig Erhard ein Vorbild für heutige Ökonominnen und Ökonomen?

Diese Fragen wurden im letzten Sommer in einer Internetbefragung der deutschen Mitglieder des Vereins für Socialpolitik zu beantworten versucht. Dieser Berufsverband vereint einen Großteil der in den deutschsprachigen Ländern wissenschaftlich tätigen Ökonomen, vornehmlich volkswirtschaftlicher Ausrichtung. Die Zusammensetzung derjenigen, die die Umfrage beantworteten, entspricht recht gut der gesamten Mitgliedschaft. Die Umfrage hat ein gutes Echo gefunden, denn immerhin haben sie 23 Prozent der Angeschriebenen ausgefüllt. 36 Prozent sind Professoren, 44 Prozent arbeiten als Wissenschaftler an akademischen Einrichtungen, sieben Prozent sind in der öffentlichen Verwaltung und 13 Prozent in der Privatwirtschaft. Etwas mehr als die Hälfte sind zwischen 35 und 54 Jahre alt, ein Drittel ist jünger als 34 Jahre. Nur 13 Prozent der Antwortenden sind Frauen.

Die Fragen wurden von den beiden ersten Autoren und dem Redaktionsteam der FTD formuliert, wobei eine Vergleichbarkeit mit einer vor 25 Jahren durchgeführten Umfrage angestrebt wurde. Dies erlaubt, Veränderungen in den Auffassungen von Ökonomen festzustellen. Wir sind jetzt in der Lage, Ansichten zu wirtschaftspolitischen Problemen und Entwicklungen des Faches Volkswirtschaftslehre aufzuzeigen. Allerdings sind keine einheitlichen Antworten zu erwarten. Zum einen lassen sich die Fragen unterschiedlich interpretieren, zum anderen hängen die Antworten von Faktoren wie der beruflichen Stellung, dem Alter und der ideologischen Position der Antwortenden ab.

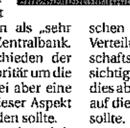
Wo herrscht Einigkeit?

Die deutschen Ökonomen und Ökonominnen sind sich hinsichtlich vier Fragen weitgehend einig:

– Hinsichtlich der Löhne tritt eine große Mehrheit der Befragten für eine Differenzierung ein. Nur etwa ein Fünftel ist hingegen für eine generelle Lohnsenkung.

– Weitgehend einig sind sich die Ökonomen in der Ablehnung einer Ausweitung der bestehenden Minijob-Regelung, einer Einführung von Freibeträgen bei den Sozialversicherungen und einer Ausweitung bisheriger Kombilohnansätze. Über 90 Prozent der Befragten lehnen diese Rezepte für den Niedriglohnsektor ab.

– Als wichtigste Reform am deutschen Arbeitsmarkt wird die Senkung der Lohnnebenkosten gesehen, die fast 90 Prozent der Ökonomen für „sehr wichtig" oder „einigermaßen wichtig" halten. Fast 80 Prozent befürworten die weitgehende Verlagerung der Lohnfindung in die Betriebe. Eine Verkürzung der Arbeitszeit findet wenig Zustimmung. Ungefähr gleich viele Ökonomen befürworten hingegen makroökonomische Eingriffe in die Konjunktur, um die Arbeitslosigkeit zu senken.



– Die Inflation mittels einer Zielvorgabe zu steuern, erachtet über die Hälfte der Befragten als „sehr wichtig" für die Europäische Zentralbank. Nur zehn Prozent sind entschieden der Meinung, die EZB solle sich prioritär um die Beschäftigung kümmern, wobei aber eine große Mehrheit findet, dass dieser Aspekt nicht völlig vernachlässigt werden sollte.

Interessant ist, welche Länder als Vorbilder für eine Reformpolitik für Deutschland gesehen werden. An der Spitze stehen Schweden und die Niederlande, gefolgt von Dänemark, Großbritannien und Finnland. Irland und die USA hingegen zählen weniger zu den Vorbildern. Dies ist bemerkenswert, weil in Deutschland doch häufig explizit die USA als Vorbild gepriesen werden, etwa bei der Bildungsreform an den Universitäten. Auch die in mancherlei Hinsicht erfolgreichen Nachbarstaaten Österreich und Schweiz werden von den deutschen Ökonomen nicht als Vorbild betrachtet. Dabei wird kein Land als deutliches Reformvorbild gesehen, selbst Schweden kommt nur auf 19 Prozent.

Worüber wird gestritten?

Bei zwei Fragen sind sich die Ökonomen völlig uneinig:

– 40 Prozent der Befragten halten die Steuerbelastung für grundsätzlich zu hoch, 47 Prozent finden die Steuerbelastung grundsätzlich nicht zu hoch.

– Rund die Hälfte der deutschen Ökonomen ist der Meinung, dass Verteilungsfragen bei sämtlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden sollten. 43 Prozent lehnen dies ab und finden demnach, dass man sich auf die Allokationsprobleme konzentrieren sollte.

Veränderte Meinungen

Vor einem Vierteljahrhundert (1981) wurde von den beiden ersten Autoren bereits eine ähnliche Umfrage durchgeführt, sodass die Antworten nun verglichen werden können. Allerdings war damals die Zusammensetzung der Befragten etwas anders, zum Beispiel war der Anteil der Frauen nur rund halb so groß (heute 13, damals 7 Prozent). 1981 war der Anteil der Wissenschaftler an Forschungseinrichtungen weniger als halb so groß, dafür gab es deutlich mehr in der Privatwirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung Tätige. Außerdem gab es 1981 im Vergleich zu 2006 weniger Befragte unter 34, dafür mehr im Alter zwischen 35 und 54. Die Zusammensetzung nach ideologischer Ausrichtung ist jedoch beinah gleich.

In einer Hinsicht hat sich die Auffassung der Ökonomen in Deutschland in den 25 Jahren nicht geändert: Sie sind nach wie vor beinah einhellig der Meinung, dass „flexible Wechselkurse für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen eine wirksame Regelung darstellen". Dies ist nicht selbstverständlich, denn mit dem Eintritt in den Euro-Raum hat die Bundesrepublik den Wechselkurs zu vielen wichtigen Handelspartnern zementiert.

Erhebliche Änderungen in den Einstellungen der Befragten sind hinsichtlich dreier Fragen festzustellen:

– Die Beeinflussung des Geldangebots wird nicht mehr als wichtigeres Ziel als die Beeinflussung der Zinssätze angesehen. Die Ökonomen sind somit von einer zentralen Forderung der monetaristischen Lehre abgewichen. Allerdings finden sich hier auffallend viele Enthaltungen, und es besteht heute weniger Einigkeit als früher.

– Ein um 20 Prozentpunkte höherer Anteil der Befragten betrachtet heute Inflation als ein „vorwiegend monetäres Phänomen". In dieser Hinsicht haben sie sich der traditionellen monetaristischen Auffassung angenähert.

– Die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften wird 2006 von mehr Ökonomen als zu stark eingeschätzt, als dies 1981 der Fall war. Heute würden zwei Drittel der Ökonomen die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften gern einschränken; vor 25 Jahren waren es zehn Prozentpunkte weniger. Damals sprachen sich nicht weniger als 44 Prozent gegen eine Machteinschränkung aus.

Einstellungen zum Fach

Die deutschen Ökonomen wurden auch zu ihrer Einstellung zu ihrem Fach befragt. Nicht weniger als 80 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Neoklassik wichtig ist zur Lösung aktueller wirtschaftspolitischer Probleme. Damit kann von einem wahren Siegeszug der Neoklassik in der deutschen Volkswirtschaftslehre gesprochen werden. Auch bei einem direkten Vergleich zwischen sieben unterschiedlichen Denkschulen schneidet die Neoklassik gut ab. Mehr als 40 Prozent der Befragten fühlen sich mit ihr am engsten verbunden. Unerwartet ist die hohe Zustimmung zu „Public Choice/Institutionelle Ökonomie", zu der sich 37 Prozent bekennen. Anzumerken ist, dass diese Variante der Volkswirtschaftslehre nicht unbedingt als mit der Neoklassik inkompatibel angesehen werden muss. Bemerkenswert ist die beachtliche Zustimmung von 24 Prozent zum Ordoliberalismus, einer typisch deutschen Variante der Volkswirtschaftslehre. Weit abgeschlagen sind hingegen der Monetarismus, die Supply Side Economics und der Sozialismus/Marxismus, die alle von weniger als sieben Prozent der Ökonomen unterstützt werden. Unter den Befragten finden sich zwölf Prozent Anhänger des Keynesianismus.

Über zwei Drittel der befragten Ökonomen lehnen es ab, den Homo oeconomicus als Zerrbild der Wirklichkeit und damit als unbrauchbar anzusehen. Die Vergleichsfrage von 1981 wurde identisch gestellt: Vor 25 Jahren lehnten über die Hälfte der Befragten den Homo oeconomicus ab, während es heute nur ein knappes Drittel ist. Die Zustimmung zum nutzenmaximierenden Agenten ist somit deutlich gestiegen, was mit der steigenden Akzeptanz der Neoklassik übereinstimmt.

„Was macht einen guten Ökonomen oder eine gute Ökonomin aus?" Diese normative Frage wurde auf überraschende Weise beantwortet. Drei Viertel der Befragten beurteilten „sehr gute inhaltliche Kenntnisse in einem bestimmten Fachgebiet" als „sehr wichtig". Mehr als die Hälfte nennen ein „Interesse an und Kenntnisse in empirischer Forschung" und ein „möglichst breites Wissen der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur", gefolgt von „guten Kenntnissen der aktuellen Wirtschaftslage" und „gut managen und Probleme lösen". Nur ein Viertel der Befragten findet indes „hervorragende mathematische Kenntnisse" „sehr wichtig". Dies mag angesichts der starken Mathematisierung der Volkswirtschaftslehre im Allgemeinen und der betonten Ausrichtung einiger volkswirtschaftlicher Fakultäten in die mathematische Richtung erstaunen. Erfreulich ist, dass nicht einmal ein Prozent der Befragten „gute Beziehungen zu prominenten Professoren" als „sehr wichtig" ansieht.

Die Stars

Schließlich wurde auch nach denjenigen Personen gefragt, die den bedeutendsten „Beitrag für die heutige Volkswirtschaft" geleistet haben. Dafür wurde eine Liste mit 16 Ökonomen vorgegeben. Einig sind sich die Befragten über den wichtigen Beitrag von Paul Samuelson, Milton Friedman und John Maynard Keynes. Zu dieser Kategorie der „Superstars" kann als gegenwärtig aktiver Ökonom auch Joseph Stiglitz gezählt werden. Etwas weniger hoch werden Paul Krugman, Gary Becker und Friedrich von Hayek eingeschätzt. Keinen bedeutenden Beitrag für die Volkswirtschaftslehre haben laut den Befragten Walter Eucken und Ludwig Erhard geleistet. Die deutschsprachigen Ökonomen werden also nicht besonders hoch eingeschätzt. In dieser Kategorie schneidet Hayek am besten und Erhard am schlechtesten ab. Offensichtlich wird Erhard als Begründer und Vermittler der sozialen Marktwirtschaft für die heutige Zeit als wenig relevant angesehen. Im Gegensatz dazu haben Friedman als entschiedener Vertreter der marktwirtschaftlichen Konkurrenz, Keynes als derjenige der makroökonomischen Steuerung und Samuelson als Vermittler zwischen den beiden ihre Bedeutung für die heutige Wirtschaft erhalten können.

FRIEDRICH SCHNEIDER ist Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik und Professor für Volkswirtschaft an der Universität Linz.
BRUNO S. FREY ist Professor am Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich.
SILKE HUMBERT ist Assistentin an der Universität Zürich.

Wer sind die bedeutendsten Ökonomen? Vorn liegt nach Meinung der Befragten der US-Nobelpreisträger **Paul A. Samuelson**, gefolgt von **John Maynard Keynes, Milton Friedman, Joseph Stiglitz, Gary Becker, Paul Krugman** (v. l. n. r.)